

# **Autoritäre Europäisierung. Stadtplaner und Westeuropa unter der Franco-Diktatur**

**Till Kössler**

## **ABSTRACT**

Recent historiography has struggled to determine the place Spain had under the rule of Franco within post-war European history. Most authors have positioned Spain outside of a new liberal Western European order while highlighting the differences between authoritarianism and democracy. In examining influential groups of urban planners and architects, this essay however argues that the ties between expert groups in Franco's Spain and Western Europe were much closer than has often been suggested. Not only were the urban planners part of a transnational expert community, they also propagated a Europeanization of Spain that would foster economic development, bring about social peace, and a happier way of life. In their view, Western European modernity essentially meant a rationalization of society and everyday life. Their utopian project of authoritarian Europeanization, however, clashed with capitalist interests of building companies and was in itself highly contradictory, which led to a new debate about urban reform in the 1960s.

Die Frage des Verhältnisses Spaniens unter der Herrschaft Francos zu Europa stellt ein zentrales Problem der spanischen und ein wichtiges Problem der europäischen Zeitgeschichte dar. Bis in die Gegenwart wird kontrovers diskutiert, ob diese Ausnahmestellung auf strukturellen Unterschieden zwischen Spanien und anderen westeuropäischen Gesellschaften beruhte und in welchem Maße Spanien einen Sonderweg in die europäische Moderne einschlug.<sup>1</sup> In dieser Kontroverse ist bislang jedoch kaum nach

1 Siehe zur Debatte nun N. Townson, „Spain is Different“? The Franco Dictatorship, in: ders. (Hrsg.), *Is Spain Different? A Comparative Look at the 19<sup>th</sup> and 20<sup>th</sup> Centuries*, Brighton 2015, S. 135–159. In weiterer Perspektive: W. L. Bernecker, „Spanien ist anders“. Der Mythos vom hispanischen Sonderweg, in: H. Altrichter u. a. (Hrsg.), *Mythen in der Geschichte*, Freiburg 2004, S. 453–470. Vgl. auch L. Mees, *Der spanische „Sonderweg“. Staat und Nation(en) im Spanien des 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 40 (2000), S. 29–66; H.-J. Puhle, *Probleme*

Europabildern und einer europäischen Selbstverortung des Regimes und gesellschaftlicher Führungsgruppen gefragt worden. Welche Bedeutung hatte Westeuropa als Konzept für das Denken und Handeln franquistischer Eliten? Ging es ihnen, wie die bisherige Geschichtsschreibung nahelegt, vor allem um den Aufbau einer faschistischen Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien beziehungsweise – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – um die Konservierung einer traditionellen autoritären Sozialordnung? Oder verfolgten sie gesellschaftsreformerische Pläne, die sich an intellektuellen Strömungen in den demokratischen Industrieländern diesseits und jenseits des Atlantiks orientierten? Wie verorteten sich franquistische Expertengruppen innerhalb internationaler Fachdebatten und welche Visionen einer zukünftigen Gesellschaft leiteten sie? Diesen Fragen nach den (west)europäischen Dimensionen franquistischer Gesellschaftspolitik soll im Folgenden anhand einer Fallstudie zu einer Gruppe von Fachleuten nachgegangen werden, die über eine Neuordnung der Städte und des städtischen Lebens eine neue franquistische Gesellschaft gestalten wollten. Diese Gruppe, die unter anderem Architekten, Stadtplaner, Verkehrs- und Arbeitsexperten umfasste, sah sich nach den Verheerungen des Bürgerkriegs und der folgenden Masseneinwanderung in die Städte in besonderem Maße gezwungen, über die zukünftige Gesellschaftsordnung des Landes nachzudenken und sie in einem weiteren europäischen Kontext zu verorten. Die folgende Untersuchung bezweckt keine allgemeine Geschichte von Stadtplanung und Gesellschaftsreform im Franquismus. Auch lässt sie oppositionelles Denken und die Entstehung von demokratischen Oppositionsbewegungen innerhalb Spaniens weitgehend außer Acht. Es geht ihr vielmehr darum, anhand einer Analyse von Stellungnahmen und Berichten in auflagenstarken Tageszeitungen und Zeitschriften in der gelenkten Öffentlichkeit der Diktatur zu Aussagen über die intellektuelle Selbstverortung der Experten und die Richtung sowie den Wandel ihrer Reformvorschläge zu gelangen.

Der Aufsatz gliedert sich in drei Teile. Zunächst werden knapp die Forschungsdebatten um die Franco-Diktatur als europäischen Sonderfall beleuchtet. Anschließend werden die Herkunft, Pläne und Ziele von Stadtplanern und Lebensreformern in der Frühphase der Diktatur nach 1939 erläutert. Dabei geht es einerseits um die Frage, inwieweit die Etablierung der Diktatur als Bruch mit einem progressiven Europäisierungsprojekt verstanden werden muss. Zum anderen richtet sich das Interesse auf franquistische Neuordnungsentwürfe und ihre Bezüge zu internationalen Reformbewegungen. Schließlich werden in einem dritten Teil die Verschiebung der Reformdebatten in den 1950er Jahren und ihre Widersprüche erörtert sowie die Herausbildung modernisierungskritischer Positionen innerhalb der regimenahen Eliten diskutiert.

## 1. Franco-Spanien und Europa: Historiographische Kontroversen

Die Franco-Diktatur wird von der historischen Forschung gemeinhin als gewaltsame Unterbrechung einer vor dem Spanischen Bürgerkrieg von demokratischen Kräften in Angriff genommenen Europäisierung Spaniens gedeutet.<sup>2</sup> Nach dieser Interpretation attackierten die Aufständischen unter General Franco im Sommer 1936 die gesellschaftliche und kulturelle Modernisierung des Landes, mit dem die republikanisch-progressiven Regierungen der Zweiten Republik (1931–1936/39) Spanien in den Kreis der fortschrittlichen europäischen Staaten führen wollten. Das Franco-Regime habe demgegenüber die europäischen Kräfte verfolgt und in Entsprechung einer rigorosen ökonomischen Autarkiepolitik eine Politik der gesellschaftlichen und kulturellen Isolation betrieben. Einerseits habe die Diktatur gesellschaftliche Modernisierungsprozesse durch die Konservierung traditioneller sozialer Strukturen und eine politische Demobilisierung der Bevölkerung unterbunden. Andererseits hätten eine Orientierung an Traditionen des frühneuzeitlichen Imperiums und eine Hinwendung zu Lateinamerika im Rahmen obskurer Konzepte von Hispanizität die mentale Abkehr von Europa begleitet. Erst im Zuge der Demokratisierung des Landes nach dem Tod des Diktators sei es zu einer Wiederannäherung an Europa gekommen, die im Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1986 ihren politischen Ausdruck fand.<sup>3</sup> Der Isolationskurs, der die Andersartigkeit Spaniens im In- und Ausland betonte, sei alleine im wirtschaftlichen Bereich seit 1957 zwangsweise aufgegeben worden. Das Regime liquidierte die Autarkiepolitik und betrieb die ökonomische Öffnung des Landes, um das eigene Überleben zu sichern.<sup>4</sup> Die Europäisierung Spaniens wird in dieser Perspektive zumeist auf Entwicklungen jenseits des Regimes zurückgeführt, wie den Wirtschaftsaufschwung der 1950er und 1960er Jahre und die Zunahme des Tourismus, die die Spanier mit einer modernen Konsumkultur und westeuropäischen Werten und Verhaltensweisen vertraut gemacht und die neotraditionalistische, religiös eingefärbte Weltanschauung des Regimes zune-

- 2 Vgl. nur die neueren Gesamtdarstellungen: W. L. Bernecker, *Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert*, München 2011; B. de Riquer, *La dictadura de Franco* (= Josep Fontana y Ramón Villares, *Historia de España*, Bd. 9), Madrid 2010; A. Cazorla Sánchez, *Fear and Progress. Ordinary Lives in Franco's Spain, 1939–1975*, Oxford 2010, bes. S. 133–172; M. Vincent, *Spain 1833–2002. People and State*, Oxford 2007, S. 160–198; E. Moradiellos, *La España de Franco (1939–1975). Política y sociedad*, Madrid 2000, bes. S. 209–225. Zum Verhältnis Spaniens zu Europa siehe J. L. García Delgado u. a., *España y Europa* (= Josep Fontana y Ramón Villares, *Historia de España*, Bd. 11), Madrid 2008.
- 3 J. Abellán, *Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft in den 1980er Jahren, oder: Warum die Spanier für Europa votierten*, in: R. Hohls u. a. (Hrsg.), *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte*, Stuttgart 2005, S. 349–351.
- 4 A. Cazorla Sánchez, *Order, Progress, and Syndicalism? How the Francoist Authorities Saw Socio-Economic Change*, in: N. Townson (Hrsg.), *Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959–1975*, Basingstoke 2007, S. 97–117; M. Aceña und M. Ruiz, *The Golden Age of Spanish Capitalism: Economic Growth Without Political Freedom*, in: ebd., S. 30–46. Zur Endphase des Regimes siehe B. de Riquer, *La Crisis de la Dictadura*, in: J. Casanova (Hrsg.), *Cuarenta años con Franco*, Barcelona 2015, S. 115–150; C. Molinero und P. Ysás, *La anatomía del franquismo. De la supervivencia a la agonía, 1945–1977*, Barcelona 2008. Zur Wirtschaft siehe nun die differenzierte Darstellung: J. L. García Delgado, *La modernización económica*, in: ders. u. a., *España y Europa*, S. 175–293 (bes. Kap. 3: *Modernización fuera de Europa: El turno del franquismo*, S. 225–253).

مند untergraben habe. Die Versuche des Regimes, diese nicht-intendierte Öffnung gegenüber den europäischen Nachbarstaaten durch einen neuen repressiven Kurs in den frühen 1970er Jahren zu stoppen, scheiterten. Die neue Konsumgesellschaft entwickelte eine Eigendynamik, der das Regime letztlich machtlos gegenüber stand.<sup>5</sup> Darüber hinaus werden insbesondere basisdemokratische Protestbewegungen in den Städten und Betrieben als Vorkämpfer und Wegbereiter einer Europäisierung des Landes identifiziert. Diese griffen westeuropäische Ideen und politische Konzepte auf und wendeten sie gegen das erstarrende Regime.<sup>6</sup>

Die Deutung einer Selbstabschottung und einer unterbrochenen und verzögerten Europäisierung hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem Erzählmuster verfestigt, das so selbstevident erscheint, dass es bisher kaum einer kritischen Überprüfung unterzogen worden ist. Die Kontrastierung des autoritären Franco-Spaniens mit einem liberaldemokratischen Westeuropa besaß auch angesichts der erfolgreichen Demokratisierung zunächst in Portugal, Spanien und Griechenland, ab 1990 dann in Ostmitteleuropa, die jeweils auch als Europäisierung verstanden wurden, eine hohe Plausibilität. Autoritäre Herrschaft und europäische Orientierung schlossen sich in dieser Perspektive aus.<sup>7</sup> Diese Überzeugung zeigt sich auch in der grundlegenden Debatte um die politische Definition der Diktatur und ihres Wandels, in der die Beziehungen von Franco-Spanien zu Europa kaum eine Rolle spielen. Während eine Gruppe von Historikern darauf beharrt, dass das Regime seine autoritär-faschistischen Züge bis zum Schluss beibehalten habe, unterscheidet eine andere Gruppe deutlich zwischen der Früh- und der Spätphase des Regimes und misst einer Pluralisierung der Positionen innerhalb der politischen Eliten sowie einer Anpassung der Regimepolitik an die veränderten politischen Umweltverhältnisse größeres Gewicht bei.<sup>8</sup> Die vorsichtige Liberalisierungspolitik des Regimes in

5 Siehe nur H. Graham und J. Labanyi, Editors' Introduction. Developmentalism, Mass Culture, and Consumerism 1960–1975, in: dies. (Hrsg.), *Developmentalism, Mass Culture, and Consumerism. The Struggle for Modernity*, Oxford 1995. S. 257–258; J. Grugel und T. Rees, *Francó's Spain*, London 1997, bes. S. 152f. („the regime proved unable to cope with the modernity it had itself unleashed“); S. Pack, *Tourism and Political Change in Franco's Spain*, in: Townson (Hrsg.), *Spain Transformed* (Anm. 4), S. 47–67; ders., *Tourism and Dictatorship. Europe's Peaceful Invasion of Franco's Spain*, New York 2006.

6 Zum Transformationsprozess der 1960er und frühen 1970er Jahre grundlegend: Townson (Hrsg.), *Spain Transformed* (Anm. 4). Siehe auch P. Radcliff, *Making Democratic Citizens in Spain. Civil Society and the Popular Origins of the Transition, 1960–1978*, Basingstoke 2011.

7 Zum Begriff der Europäisierung differenziert: M. Conway und K. K. Patel (Hrsg.), *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, New York 2010; H. Kaelble und M. Kirsch (Hrsg.), *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2008.

8 Eine konzise Beschreibung der Kontroverse bietet E. Malefakis, *The Franco Dictatorship: A Bifurcated Regime?*, in: Townson, *Spain Transformed* (Anm. 4), S. 248–254, bes. S. 251. Vgl. auch die frühe Deutung von J. Fontana, *Reflexiones sobre la naturaleza y las consecuencias del franquismo*, in: ders. (Hrsg.), *España bajo el franquismo*, Barcelona 1986, S. 9–38, hier S. 9 sowie W. L. Bernecker, *Spaniens „verspäteter“ Faschismus und der autoritäre „Neue Staat“ Francos*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 12 (1986), S. 183–211. Kontinuitäten betonen etwa Casanova, *Cuarenta años con Franco* (Anm. 4); M. Richards, *A Time of Silence. Civil War and the Culture of Repression in Franco's Spain, 1936–1945*, Cambridge 1998, sowie jüngst auch S. Cayuela Sánchez, *La grandeza de la patria. La biopolítica en la España de Franco*, Madrid 2014, S. 311–316, der das Regime unter Verweis auf ähnliche biopolitische Projekte der Eliminierung sozialbiologischer Feinde wieder näher an das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien rückt.

den 1960er Jahren stellte jedoch auch in dieser Perspektive nicht mehr als einen Akt politischer Camouflage dar, ein taktisches Nachgeben gegenüber einer erstarkenden Opposition im Inneren und vermehrter Kritik am Regime von außen mit dem Ziel, das Überleben der Diktatur zu sichern. Lediglich eine Minderheit von Forschern betont in einer revisionistischen Wendung eigenständige Modernisierungsleistungen der Diktatur, die etwa die Macht des Militärs zurückgedrängt und Verwaltung und Bildungssystem auf eine neue Grundlage gestellt habe. Mögliche europäische Dimensionen des Regimewandels werden jedoch auch hier kaum diskutiert.<sup>9</sup>

Angesichts der Persistenz und des Wiedererstarkens autoritärer Regierungsformen in der Gegenwart stellt sich jedoch die Frage nach dem Verhältnis von autoritärer Herrschaft und Europa auf neue Weise. Dies umso mehr, als schon ein cursorischer Blick auf die Selbstwahrnehmung führender spanischer Intellektueller darauf hindeutet, dass diese sich durchaus als „gute Europäer“ und als Teil einer gemeinsamen europäischen Moderne empfanden.<sup>10</sup> Auch die zahlreichen wissenschaftlichen Kontakte über die Landesgrenzen hinweg legen nahe, dass sowohl für einen wichtigen Teil der spanischen regimenebenen Intellektuellen als auch für viele konservative Eliten Westeuropas der autoritäre Charakter Franco-Spaniens dieses keineswegs aus der westlich-europäischen Welt ausschloss.<sup>11</sup>

## 2. Neue Experten für ein autoritäres Spanien?

Das Ende des Bürgerkriegs stellte einen radikalen Bruch mit der republikanischen Vorkriegsordnung dar. Hunderttausende Anhänger der Republik wurden in die Emigration getrieben, Zehntausende ermordet oder als Zwangsarbeiter versklavt, andere wurden sozial als Regimefeinde gebrandmarkt und mit Berufsverboten belegt.<sup>12</sup> Die brutale fran-

9 S. G. Payne und J. Palacios, *Franco. A Personal and Political History*, Madison/Ws. 2014, bes. S. 518.

10 Siehe demnächst A. C. Hoffmann, „España en desarrollo“. Diktatur, Entwicklung und Modernisierungsideologie unter dem Francoregime (1959–1975), Phil. Diss. Freiburg 2016. Siehe auch die Hinweise in: N. Sesma Landrín, *La construcción del discurso europeísta del franquismo desde el Instituto de Estudios Políticos (1948–1956)*, in: *Historia Contemporánea* 30 (2005), S. 159–178 sowie die Studien von J. Gracias zur kulturellen Liberalisierung faschistischer Intellektueller: *Estado y Cultura. El despertar de una conciencia crítica bajo el franquismo (1940–1962)*, Toulouse 1996; ders. *La resistencia silenciosa. Fascismo y cultura en España*, Barcelona 2004. Zum Begriff der „guten Europäer“ siehe U. Frevert, *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2003.

11 Vgl. die Hinweise in J. Großmann, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München 2014; B. Aschmann, „Treue Freunde ...“? Westdeutschland und Spanien, 1945–1963, Stuttgart 1999; A. Presas i Puig, *La inmediata posguerra y la relación científica y técnica con Alemania*, in: A. Romero de Pablos und M. J. Santasmases (Hrsg.), *Cien años de Política científica en España*, Bilbao 2008, S. 173–210.

12 Zusammenfassend: Riquer, *Dictadura de Franco* (Anm. 2), 121–178. Einen Überblick über die neuere Forschung geben M. Richards, *After the Civil War. Making Memory and Re-Making Spain since 1936*, Cambridge 2013; P. Preston, *The Spanish Holocaust. Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain*, London 2012. Die Säuberung der Lehrerschaft ist besonders gut aufgearbeitet, vgl. nur J. M. F. Soria u. a., *Maestros valencianos bajo el franquismo. La depuración del magisterio, 1939–1944*, Valencia 1999; J. Aquilles Pettenghi Lachambre, *La escuela derrotada. Depuración y represión del magisterio en la provincia de Cádiz (1936–1945)*, Cádiz 2005; A. Pont Sastre, *El magisterio en la provincia de Guadalajara (1931–1940). Depuración y represión*, Alcalá de Henares 2006.

quistische Repression und das Elend der republikanischen Verlierer des Kriegs dürfen allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass es durchaus Brücken von einer professionellen Karriere vor Kriegsbeginn hin zu einer Karriere im Franco-Staat gab. Dies galt insbesondere für Humanexperten, das heißt Fachleute, die sich etwa als Sozialreformer, Stadtplaner und Psychologen mit der Verbesserung menschlicher Lebensumstände auf der Grundlage professioneller Expertise beschäftigten. Bereits in der Vorkriegszeit hatten ein gemeinsames Ethos der Wissenschaftlichkeit und ein gemeinsamer gesellschaftsreformerischer Impetus Humanexperten über politische Lagergrenzen wesentlich enger miteinander verbunden, als es der populäre Topos einer Polarisierung Spaniens in zwei verfeindete Lager vermuten lässt. In den politisch aufgewühlten Jahren der Zweiten Republik und selbst im Bürgerkrieg hatten viele städtische und staatliche Experten, auch um Handlungsautonomie gegenüber den Vereinnahmungsversuchen der unterschiedlichen politischen Bewegungen zu wahren, sich als alleine der Sache verpflichtete Fachleute dargestellt und begriffen.<sup>13</sup> Nach dem Krieg konnte professionelles Wissen in weit mehr Fällen als gemeinhin angenommen einen Ausgangspunkt für die Integration in die neue Ordnung der Diktatur und eine erneute Karriere darstellen. Ein gutes Beispiel hierfür ist A. Muñozerro Pretel, der als Professor an der staatlichen Schule für Kinderpflege und Leiter der Beratungsstelle für Kinderhygiene der Provinz Madrid in der Spätphase der Republik eine privilegierte Position innehatte, die er auch nach Beginn des Bürgerkrieges weiter ausfüllte. Trotz dieser herausgehobenen Tätigkeit innerhalb der Republik bedeutete der Sieg Francos für den Sozialreformer keinen Karriereknick. Bereits zum Jahresende 1941 beteiligte er sich als prominenter Redner an einer Kampagne der faschistischen Frauenvereinigung *Sección Feminina* gegen die Kindersterblichkeit, und bis Ende 1942 war er zum Generalsekretär der Gesellschaft für Kinderpflege (*Sociedad de Pediatría*) aufgestiegen. Auch seine für 1953 dokumentierte Zugehörigkeit zum Vorstand der Vereinigung der Kindermediziner (*Agrupación de médicos puericultores*) unterstreicht, dass er auch nach dem Bürgerkrieg zur Gruppe der einflussreichen Medizinfunktionäre gehörte.<sup>14</sup> Selbst Sozialreformer, die sich vor 1936 eindeutig für die Republik eingesetzt hatten, gelang es nach 1939, ihre alte Tätigkeit fortzusetzen, auch wenn sie vielfach zunächst eine Phase der Entbehrungen und Unsicherheit durchleben mussten. Der Psychologe José Mallart beispielsweise hatte vor 1936 der vom Franquismus gnaden-

13 Siehe T. Kössler, *Human Sciences, Child Reform and Politics in Spain, 1890–1936*, in: Kerstin Brückweh u. a. (Hrsg.), *Engineering Society. The Scientization of the Social in Comparative Perspective, 1880–1980*, London 2012, S. 179–197. Zur Relativierung der Polarisierungsthese vgl. M. Seidman, *Republic of Egos. A Social History of the Spanish Civil War*, Madison 2002. Vgl. auch die Hinweise in J. M. Sánchez Ron, *La europeización científica de España*, in: García Delgado u. a., *España y Europa* (Anm. 1), S. 295–535, hier S. 491–496, der aber eher die These eines grundlegenden Elitenaustauschs vertritt.

14 Zur Tätigkeit vgl. A. Muñozerro Pretel, *Jefe del servicio provincial de higiene infantil de Madrid: Cuidados higiénicos del niño pequeño*, in: *La Voz*, 17. Juli 1936; *La campaña contra la mortalidad infantil*, in: *ABC*, 7. Oktober 1941; *Sociedad de Pediatría*, in: *Ofensiva. Bisenenario nacional-sindicalista* Jg. 1, Nr. 50, 22. November 1942, S. 7; *Agrupación de médicos puericultores*, in: *ABC*, 11. November 1953. Vgl. auch zum weiteren Kontext: M. Salazar Agulló u. a., *La salud materno-infantil durante el franquismo. Notas bibliométricas sobre el programa „Al servicio de España y del niño español“*, in: *Asclepio. Revista de Historia de la Medicina y de la Ciencia* 59 (2007), S. 285–314.

los verfolgten *Institución Libre de Enseñanza* (Freies Bildungsinstitut) nahegestanden, in deren Zeitschrift er regelmäßig publizierte. Im Verlauf des Bürgerkriegs war er zudem kurzzeitig zum Leiter des Psychotechnischen Instituts von Madrid aufgestiegen und hatte sich somit eindeutig als Anhänger der Republik positioniert. Wenig erstaunlich entthob ihn das franquistische Regime mit Kriegsende seiner Stellung, doch bereits im Jahr 1943 konnte er wieder auf seinen alten, prestigeträchtigen Posten zurückkehren.<sup>15</sup> Auch sein ehemaliger Vorgesetzter, der Kinderpsychologe José Germain, der zum engeren Umfeld der linksliberalen, pro-republikanischen *Revista de Pedagogía* gehört hatte und kurz vor Kriegsende ins Ausland geflohen war, kehrte Mitte der 1940er Jahre nach Spanien zurück und übernahm sofort wieder eine hohe Funktion in den staatlichen psychologischen Instituten.<sup>16</sup> Diese biographischen Beispiele weisen darauf hin, dass wissenschaftliche Expertise und sozialreformerische Tätigkeit vor und nach dem Bürgerkrieg als eher politikferne Felder angesehen wurden und entsprechend viele Experten auf ihren Positionen bleiben oder bald auf diese zurückkehren konnten. Auch auf dem Gebiet der Stadtplanung gab es solche professionellen Kontinuitäten über den politischen Regimewechsel hinweg. Die Mehrzahl der führenden Architekten des Franco-Regimes wie Pedro Bidagor Lasarte (1906–1996), César Cort (1893–1978) und Pedro Muguruza Otaño (1893–1952) waren vor 1936 an prominenter Stelle in die Stadtplanung Madrids eingebunden gewesen – Bidagor hatte etwa bei der Planung der Neuen Ministerien als einem der wichtigsten Architekturprojekte der republikanischen Zeit mitgewirkt – auch wenn sie sich bereits vor dem Krieg auf der politischen Rechten verortet hatten.<sup>17</sup> Mindestens ebenso wichtig wie das bloße biographische Weiterwirken ist in diesem Kontext die Kontinuität maßgeblicher Reformideen und Reformprojekte. Die neuen Eliten orientierten sich nach 1939 weiterhin an den Vorkriegsdiskussionen und modifizierten diese oftmals nur geringfügig, um Neuordnungsforderungen der Falange und des Katholizismus aufzugreifen. Ihre Vorstellungen von Gesellschaftsreform blieben erstaunlich konstant. Die urbanistischen Debatten im frühen Franquismus lassen dies deutlich erkennen. Angesichts der Kriegszerstörungen und der einsetzenden Landflucht, vor allem aber auch aufgrund der Stärke der republikanischen Kräfte in den Großstädten, stellte die Neugestaltung der urbanen Zentren ein wesentliches Politikfeld des Neuen Staates Francos dar. Während des Krieges hatten die Franco-Anhänger insbesondere Madrid mit Liberalismus, Atheismus und Kommunismus identifiziert. Aufgrund der hartnäckigen Verteidigung der Stadt war das „rote“ Madrid zu einem besonderen Symbol der Kriegrepublik und ihrer Werte geworden. Die Rückeroberung und Neuordnung des städtischen

15 F. Pérez Fernández, José Mallart en la psicología Española. Balance de una andadura intelectual, in: *Revista de Psicología General y Aplicada* 56 (2003), S. 149–156, bes. S. 152.

16 Ebd. Zur Tätigkeit vor dem Bürgerkrieg: *Notas*, in: *Revista de Pedagogía* 123, März 1932.

17 Die politischen Grenzen waren allerdings auch in diesem Feld keineswegs eindeutig. Dies zeigt der Umstand, dass Bidagor während des Bürgerkriegs Mitglied der anarchistischen Gewerkschaft CNT werden konnte, um sich politischer Verfolgung zu entziehen. F. de Terán, *Planeamiento urbano en la España contemporánea (1900–1980)*, Madrid 1982, S. 119f. Siehe auch die Hinweise in: M. C. García González, César Cort y la cultura urbanística de su tiempo, in: *Cuadernos de Investigación Urbanística* 87 (2013), S. 3–83. Eine umfassende Analyse von Karrierewegen zwischen Republik und Diktatur steht noch aus.

Raums war somit von höchster Bedeutung für das Regime, um seine Herrschaft dauerhaft zu sichern. Die stadtplanerischen Debatten der Nachkriegsjahrzehnte müssen vor diesem Hintergrund verstanden werden. Mit der Neuordnung der Städte sollte immer auch eine gesellschaftliche und sozialmoralische Neuordnung erreicht werden.

Diese Neuordnungspläne sind von Historikern bisher kaum untersucht worden, da diese zumeist von einer tiefsitzenden Großstadtfeindschaft der Franquisten ausgegangen sind, die sich als Bewunderer eines traditionellen, ländlichen Spaniens inszenierten. Dementsprechend sind bisher vor allem die politische Säuberung der republikanisch geprägten Städte, die Errichtung franquistischer Gedenkort sowie die Gestaltung einzelner franquistischer Musterbauten näher untersucht worden.<sup>18</sup> Tatsächlich sahen die ersten Nachkriegspläne eine Zerstörung aller Überreste des republikanischen Spaniens und eine Umgestaltung der Städte im Dienste sozialer Ordnung und Kontrolle vor. Die Mehrheit der Franquisten sah in dem vermeintlichen Chaos und Sittenverfall der Städte in der Vorbürgerkriegszeit eine wesentliche Ursache für den von ihnen diagnostizierten Niedergang Spaniens, für die zahlreichen Massenstreiks und revolutionären Ausschreitungen. Die Stadt Madrid, der einstige Mittelpunkt des spanischen Weltreichs, war nach Ansicht der einflussreichen Tageszeitung *ABC* „zu einer Zitadelle des Antipatriotismus, zu einem Sinnbild roten Verrats“ geworden.<sup>19</sup> Besonders die zumeist eng bebauten Arbeiterquartiere waren den neuen Machthabern ein Dorn im Auge. Die Zerstörung des „roten“ Madrid und die Erneuerung der Großstädte im Zeichen von Ordnung, Disziplin und Moral waren somit ein wesentlicher Teil der politischen Agenda der neuen Machthaber. Allerdings beschränkten sich die urbanistischen Debatten in Spanien nicht auf dieses Projekt der Zerstörung und politischen Säuberung der republikanischen Stadt. Sie waren bereits in den ersten Nachkriegsjahren deutlich vielfältiger und widersprüchlicher, als es das Schlagwort der „Großstadtfeindschaft“ nahelegt. Die maßgeblichen Stadtplaner standen dem Stadtleben zunächst nicht nur ablehnend gegenüber. Sie lehnten Großstädte keineswegs als solche ab. Vielmehr kritisierten sie die vermeintlich chaotische, proletarisch-volkstümliche und kommerzialisierte Stadt, die sie mit Liberalismus, Kommunismus und Revolution identifizierten. Demgegenüber feierten sie gleichzeitig Madrid als Zentrum imperialer Macht und als zukünftigen Ausgangspunkt neuer imperialer Projekte. Ein Zeitungskommentar argumentierte in diesem Sinn, dass es trotz jahrelangem republikanischen Terrors immer noch „gesunde“ Kräfte in Madrid gebe, das als Geburtsstätte der Falange als faschistischer Partei auch im neuen Regime einen prominenten Ort einnehmen solle. Die berühmte „fünfte Kolonne“, das geheime Netzwerk von Republikgegnern, habe selbst in der Ausnahmesituation des Bürgerkriegs bewiesen,

18 S. Diéguez Patao, *Arquitectura y urbanismo durante la autarquía*, in: A. Bonet Correa (Hrsg.), *Arte del franquismo*, Madrid 1981, S. 47–76; G. Ureña, *Arquitectura urbanística civil y militar en el periodo de la autarquía (1936–1945)*, Madrid 1979. Siehe auch W. L. Bernecker und S. Brinkmann, *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft, 1936–2010*, Nettersheim 2006.

19 M. Aznar, *Tragedia de España en Madrid*, in: *ABC*, 25. Mai 1939.



dass die Metropole keineswegs zur Gänze korruptiert sei.<sup>20</sup> In ähnlicher Weise sprachen auch andere Anhänger Francos in den Nachkriegsjahren der Hauptstadt eine unkorruptierbare moralische Essenz zu und forderten sogar, Spanien zu „entprovinzialisieren“. Nach der Fragmentierung der spanischen Gesellschaft durch den Bürgerkrieg benötigte die Nation nun „ein großes urbanes Zentrum“. Madrid müsse zu einer „großen europäischen Metropole“ nach dem Vorbild von Paris und London gestaltet werden und auf deren Augenhöhe gehievt werden. Um die imperiale Größe des frühneuzeitlichen Spanien wiederzuerlangen, sei es notwendig, eine moderne europäische Metropole zu schaffen.<sup>21</sup> Es ist nun wichtig zu betonen, dass dieses Projekt einer Verwandlung der republikanischen Stadt in eine geordnete, hierarchische und imperiale Stadt konzeptionell an ältere, die politischen Regime überspannende Traditionen von Stadtplanung angeschlossen. Es war in transnationale städtebauliche Debatten eingebunden, die bereits die Vorkriegszeit geprägt hatten. Die Idee einer rational gestalteten, funktional differenzierten und hygienischen Stadt, wie sie die Architekten Francos nach 1939 formulierten, griffen Ideen der Stadtreform auf, wie sie in vielen Ländern an der Wende zum 20. Jahrhundert entwickelt worden waren, um den negativen Begleiterscheinungen von Industrialisierung und Massenzug in den Städten zu begegnen.<sup>22</sup>

Das Vokabular der Stadtreformer und Architekten, die nach 1939 den Neuaufbau Madrids und anderer Städte planten, entstammte wesentlich diesen Reformbewegungen. Sie sahen sich als Teil einer internationalen urbanistischen Bewegung, die anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse bessere Städte schaffen wollte.<sup>23</sup> Die Überzeugung, dass Städte rational und auf wissenschaftlicher Grundlage gestaltet werden konnten, dass eine funktionale Differenzierung der Stadt in Arbeits-, Wohn- und Konsumorte sinnvoll sei, dass Wohnquartiere nach den Anforderungen der modernen Hygiene- und Gesundheitsbewegung geplant werden müssten, dies alles teilten Francos Experten mit der Mehrheit der internationalen Stadtplaner über politische Regimegrenzen hinweg. Es ging nicht nur darum, Wohnraum zu schaffen und Herrschaft sichtbar zu machen, sondern auch darum, durch die Gestaltung des Raums auf die Lebensweisen der Bevölkerung Einfluss zu nehmen und diese zu reformieren.<sup>24</sup> Die Stadt, wie die Experten sie imaginierten, war trotz aller Beschwörungen vergangener imperialer Größe kein Refugium der Tradition, sondern ein spezifisch moderner Ort, in dem neue imperiale Subjekte geformt werden sollten. In einer Grundsatzerklärung des neuen Kurses, die der Architekt Muguruza

20 Ebd.; M. Abril, *Gloriosa resurrección del Museo del Prado*, in: ABC, 6. August 1939; F. de Cossio, *Los pueblos y las casas*, in: ABC, 22. Februar 1940.

21 J. M. Salaverria, *Una España provinciana*, in: ABC, 14. September 1939.

22 Siehe aus der umfangreichen Literatur nur zum spanischen Fall: C. Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung*, Frankfurt a. M. 2000, S. 141–170; M. Baumeister, *Grenzen der Stadt. Masseneinwanderung und Öffentlichkeit in Barcelona und Turin 1950–1975*, in: F. Lenger und K. Tenfelde (Hrsg.), *Die Europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung, Entwicklung, Erosion*, Köln 2006, S. 417–436.

23 Siehe zur Karriere des Begriffs des *urbanismo* in der Diktatur: *El urbanismo está de moda*, in: *La Vanguardia*, 3. Oktober 1952.

24 Siehe etwa D. Kuchenbuch, *Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010.

Otaño, ein enger Vertrauter Francos, Inhaber zahlreicher herausgehobener Positionen franquistischer Städtebaupolitik und Ideengeber der zentralen franquistischen Gedenkstätte des *Valle de los Caídos*, ein Jahr nach Kriegsende gab, traten spezifisch politische Ambitionen jenseits einer vagen nationalen Rhetorik deutlich in den Hintergrund. Murguza orientierte sich vielmehr an internationalen Vorbildern und erklärte die Sanierung (*saneamiento*) der Städte zur Grundlage einer franquistischen Stadtreform: „Die tristen Gassen müssen verschwinden, die so viele Städte niederdrücken [...]. Das Wohnen muss gesund, komfortabel, glücklich sein und sich dem Himmel und der Sonne öffnen.“<sup>25</sup> Er formulierte hier kein konservatives Programm der Bewahrung, sondern die Idee einer radikalen Umgestaltung der Städte. Es war dabei gerade die Möglichkeit, internationale Konzepte von Stadtreform mit eigenen politischen Ziele zu verbinden, die deren breite Rezeption erklärt. Das Interesse an einer Kontrolle der Arbeiterschaft machte eine Architektur attraktiv, die eine Ersetzung der alten Arbeiterquartiere und ihres chaotisch anmutenden Labyrinths von Gassen und Gebäuden durch ein wohlgeordnetes Raster von Straßen und Wohnblöcken vorsah. Auch die Idee funktional differenzierter Satellitenstädte, die im Abstand zum Stadtzentrum und durch Grünanlagen von diesem getrennt gebaut werden sollten, fügte sich in das politische Programm der Diktatur ein. Stadtsanierung und politische Sanierung gingen Hand in Hand.

Die Orientierung an internationalen Standards und den Debatten der Vorkriegszeit zeigt auch die Einrichtung einer Föderation für Urbanismus und Wohnungsbau (*Federación de Urbanismo y de la Vivienda*) als einer nationalen Expertenkommission unter César Cort, in der Architekten und Stadtplaner mit Vertretern des Staates und der Kommunen sowie Verkehrsexperten und Sozialhygienikern über Grundlagen von Stadtplanung berieten und für den Staat Umbaupläne erarbeiten sollten.<sup>26</sup> Cort hatte bereits in den 1920er Jahren und während der Republik für eine organische Stadtgestaltung geworben, die sich eng an die Gartenstadtbewegung von Ebenezer Howard und in den USA diskutierten Modellen anlehnte.<sup>27</sup> Die Pläne der Vorkriegszeit bildeten, oft nur dürftig durch eine andere Benennung verdeckt, nach wie vor die Grundlage der Diskussionen. Jenseits einer rhetorischen Abgrenzung gegenüber der republikanischen Zeit lässt sich eine „fast vollständige Kontinuität“ der Stadtentwicklungspläne feststellen, die nur durch eine „einfache Camouflage“ des Regimes verdeckt wurde.<sup>28</sup> In Bezug auf die Hauptstadt Madrid wurden etwa die Vorkriegspläne einer Nordexpansion der Stadt entlang der Hauptverkehrsachse der *Castellana* ebenso weitergeführt wie der Plan eines Eisenbahnnetzes, das

25 Problemas de urbanización y vivienda, in: ABC, 17. April 1940.

26 Zur Gründungsgeschichte: Un interesante organismo urbanístico, in: ABC, 13. Oktober 1939; Soleme sesión inaugural de la Federación de Urbanismo y de la Vivienda, in: La Vanguardia, 21. Februar 1940; Federación de Urbanismo y de la Vivienda, in: ABC, 20. Februar 1940; Primer Congreso de la Federación de Urbanismo y de la Vivienda, in: ABC, 2. Oktober 1940. Am Kongress nahmen 3000 Personen und Institutionen teil. Cort übernahm nach 1939 den Lehrstuhl für Stadtentwicklung an der Hochschule für Architektur in Madrid.

27 Terán, Planeamiento urbano (Anm. 17), S. 49–54. 1935 war Cort der einzige spanische Delegierte auf dem *International Housing and Town Planning Congress* in London 1935 gewesen: García González, César Cort (Anm. 17), S. 72.

28 So das Urteil von Terán, Planeamiento urbano (Anm. 17), S. 118.

die Metropole mit neuen Siedlungen im Umland verbinden sollte. Auch die sozialhygienischen Eingriffe in Wohnquartiere waren schon in den 1920er und 1930er Jahren diskutiert worden.<sup>29</sup>

Die nahtlose Wiederaufnahme der Vorkriegsprojekte verweist darauf, dass sich seit der Jahrhundertwende eine Gruppe von Stadtplanern herausgebildet hatte, die sich als professionelle Sozialreformer nicht von vornherein einem bestimmten politischen Regime oder einer bestimmten politischen Partei, sondern als Experten vor allem einem allgemeinen Projekt der Moderne verpflichtet fühlten. Ihre Vorstellung einer rationalen Stadt erforderte nicht zwangsläufig eine bestimmte politische Ordnung, auch wenn einzelne Planer persönliche politische Präferenzen haben mochten. Die Unterstützung der Franco-Diktatur erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil die Stadtplaner den Neuen Staat als einen Verbündeten betrachteten, mit dessen Hilfe sie ihre langgehegten Pläne umsetzen konnten. Dieses Bündnis war jedoch fragil, es existierten potentielle Konfliktlinien zwischen der Rhetorik des Regimes und den Erwartungen und Hoffnungen der Experten.

Architekten und Stadtplaner, die auf Lehrstühle, Verwaltungsposten und in Expertengremien vorrückten, bildeten keineswegs die einzige Personengruppe, die über eine Neuordnung der Städte nach dem Krieg nachdachte. Sie bewegten sich in einem weiteren Feld, in dem auch wichtige politische Kräfte wie die katholische Kirche und die Falange Umgestaltungsprogramme verfolgten. Die Kirche war durch den Massenmord an Geistlichen und die Zerstörung von Kirchen, Klöstern und religiösen Schulen in den ersten Kriegsmonaten tief geprägt worden. Um einer Wiederholung der Gewaltexzesse in den Städten dauerhaft den Boden zu entziehen, entwickelte sie eine Strategie urbaner Misionsarbeit, durch die gerade die Arbeiterviertel für die Kirche wiedergewonnen werden sollten. In einem ersten Schritt plante die Kirche den Wiederaufbau religiöser Gebäude und Gemeinden in einzelnen Stadtteilen, die gleichsam als Außenposten in die angrenzenden Straßenzüge und Nachbarschaften wirken und von denen aus weitere räumliche Vorstöße vorgenommen werden sollten. Das kirchliche Urbanisierungskonzept sah zudem eine Symbiose religiöser und profaner Gebäude und Einrichtungen vor. So warb die Kirche in Madrid bei der Stadtregierung darum, Grundschulen jeweils in unmittelbarer Nähe der Gemeindekirche zu bauen. Schulleben und religiöses Leben sollten untrennbar miteinander verschmelzen. Mit ähnlicher Absicht errichtete die Kirche Studentenwohnheime neben dem Campusgelände der Madrider Universität, in denen die Studierenden zwangsweise wohnen mussten.<sup>30</sup>

Auch die Falange beabsichtigte, die Städte in ihrem Sinne umzugestalten. Führende Funktionäre planten, ein Netzwerk von „Sport- und Kulturzirkeln“ (*círculos deportivos y culturales*) sowie „Spanienhäuser“ (*casas de España*) in den Stadtzentren aufzubauen, die als sichtbare Orte falangistischer Vergemeinschaftung dienen sollten und um die

29 El futuro urbano de Madrid, in: ABC, 31. Juli 1940; La prolongación de la Castellana, in: ABC, 2. März 1947.

30 E. Herrera Oria, Los grupos escolares, in: Atenas 112, Mai 1941; A. Escolano Benito, La educación en la España contemporánea, Madrid 2002, S. 164; L. Ortiz, La cristianización de la vida universitaria, in: Anuario de la enseñanza privada en España. Curso 1943–1944, Madrid 1943, o. S.

weitere soziale Einrichtungen und Vergnügungsstätten zu gruppieren waren. Wie im Fall der Kirche diente diese architektonische Anordnung der Verschmelzung von Falange und städtischem Leben. Doch selbst dieses politische Projekt einer neuen faschistischen Stadt basierte auf den Grundlagen einer rationalen Stadtplanung, wie sie ähnlich auch in den angelsächsischen Ländern propagiert wurde, ganz abgesehen davon, dass die „Spanienhäuser“ vielfach eine unmittelbare Weiterführung der sozialistischen „Volkshäuser“ (*casas del pueblo*) unter anderem Namen darstellten.<sup>31</sup> Es war die Kombination von internationalen Ansätzen neuen Bauens mit den Versuchen einer politisch-kulturellen Imprägnierung der neuen Städte, die der Stadtentwicklungsdebatte in der frühen Diktatur ihre Eigenart gab.

### 3. Gesellschaftsreform als forcierte Europäisierung

Die grundlegenden städtebaulichen Überzeugungen blieben über die unmittelbaren Nachkriegsjahre hinaus konstant und beeinflussten die Stadtplanungsdebatten auch noch in den 1960er Jahren. Gleichwohl verschoben sich die Akzente der Auseinandersetzungen in den 1950er Jahren und gaben ihnen eine neue Dynamik. Um diesen Wandel zu verstehen, muss kurz auf die Praxis der Stadterneuerung am Madrider Beispiel eingegangen werden. Um die ambitionierten Umgestaltungspläne umzusetzen, begann die *Federación de Urbanismo y de la Vivienda* im Auftrag des Regimes bereits im Herbst 1939 in Weiterführung der Vorkriegsentwürfe detaillierte Stadtentwicklungspläne zu formulieren, die der spanischen Hauptstadt ein neues Gesicht geben und ihre Erweiterung rational gestalten wollten.<sup>32</sup> Die Experten forderten den Abriss und Neuaufbau wichtiger Teile der inneren Stadt und die Errichtung markanter Gebäude und monumentaler Boulevards sowie den Neubau eines Netzes von Satellitenstädten, die jeweils im Abstand von fünf Kilometern um das Madrider Zentrum herum angesiedelt werden sollten. Zwischen diesen Siedlungen und dem Stadtkern sollte ein breiter „grüner Ring“ (*anillo verde*) von Parks und Grünflächen angelegt werden, der einerseits den Bewohnern neue Orte der Freizeitgestaltung bieten, andererseits als hygienische Maßnahme Licht und Luft in die Stadt bringen sollte. Die einzelnen Ideen wurden in einem sogenannten *Großen Plan* von 1941 (*Plan General de Ordenación*) gebündelt, der nach längeren Debatten in Gesetzesform gegossen wurde und im Frühjahr 1946 in Kraft trat.<sup>33</sup>

Die Verabschiedung des Gesetzes bedeutet jedoch nicht, dass die Inhalte des Planes in der Folgezeit auch nur annähernd umgesetzt worden wären. Die weitgespannten Visionen hatten erstaunlich wenig praktische Auswirkungen. Die Bautätigkeit im Nachkriegs-Madrid folgte keinem großen Design. Eine Reihe von Faktoren verhinderte eine Um-

31 Terán, *Planeamiento urbano* (Anm. 17), S. 125–27; Diéguez Patao, *Arquitectura y urbanismo* (Anm. 18).

32 Die Föderation löste damit eine *Junta de Reconstrucción* ab, die unmittelbar nach Kriegsende mit dem städtischen Wiederaufbau betraut worden war: *Discurso del Ministro de la Gobernación*, in: ABC, 23. November 1944.

33 Terán, *Planeamiento urbano* (Anm. 17), S. 166–177.

setzung der weitreichenden Pläne: Zunächst besaß der durch den Krieg gebeutelte Staat nicht die notwendigen finanziellen Mittel, um die massiven Investitionen zu tätigen, die das Projekt erforderte. Bereits vor dem Krieg und seinen Zerstörungen und finanziellem Aderlass waren unterschiedliche Regierungen immer wieder an Geldproblemen in ihrer Bautätigkeit gescheitert. Auch wenn das Franco-Regime eine Zentralisierung der Staatsmacht und eine Expansion der Verwaltung beabsichtigte, besaß es doch weder die finanziellen noch die organisatorischen Ressourcen, um großangelegte Bauprojekte erfolgreich durchzuführen.<sup>34</sup> Zweitens führte eine breite Migrationsbewegung vom Land in die großen Metropolen Madrid und Barcelona – Madrid wuchs in den 1940er und 1950er Jahren um mehr als 600.000 Einwohner – zu akuten Wohnraumproblemen. Im Angesicht dieser Herausforderung zeigten sich die Stadtplaner nicht in der Lage, ihre Ziele einer geordneten Expansion der Städte durchzusetzen oder auch nur genügend Wohnraum für die Neuankömmlinge bereitzustellen. Anstelle der wohlgeordneten Satellitenstädte entstanden große informelle Barackensiedlungen, die weite Teile der ursprünglich für den Grüngürtel eingeplanten Fläche besetzten.<sup>35</sup> Es waren, drittens, die Interessen von Landbesitzern und Immobiliengesellschaften, die den Stadtentwicklern den größten Widerstand entgegensezten. Diese einflussreichen Gruppen waren weniger an einer umfassenden urbanen Neuordnung als an den Profitmargen interessiert, die der Bau von billigen – und oft illegalen – Wohnanlagen für die Neuankömmlinge versprach. Ihre Macht beruhte nicht nur auf ihren engen persönlichen Kontakten zu den politischen Herrschaftseliten, sondern auch auf der Abhängigkeit des Regimes von privatem Investment im Immobilienbereich. Dieser war notwendig, um die Wohnungsnot zumindest in Ansätzen zu mindern. Das Regime setzte den Wirtschaftsinteressen von Landbesitzern und Immobilienentwicklern kaum Grenzen, auch wenn dies hieß, das politische Ziel einer rationalen Stadterneuerung de facto aufzugeben. Die Logik eines kapitalistischen, mit dem Westen identifizierten Wohnungsbaus arbeitete gegen die Implementierung einer wohlgeordneten, gesunden und imperialen Stadt, wie sie die franquistischen Konzepte vorsahen. Die spanischen Stadtplaner besaßen nicht die Mittel, um den wilden Urbanismus einzuschränken und Landspekulation zu regulieren. Im Gegenteil, das Regime unterstützte die Entstehung äußerst machtvoller Immobiliengesellschaften, die die Stadtentwicklung Madrids in den folgenden Jahrzehnten wesentlich prägten.<sup>36</sup> Angesichts der weitgehend unkontrollierten kapitalistischen Bautätigkeit wandelten sich in den 1950er Jahren die stadtplanerischen Prioritäten. Es ging den Experten nicht länger um die Auslöschung des „roten Madrid“ und die sozialhygienische wie politische Kontrolle der Arbeiterquartiere, sondern immer mehr um den Kampf gegen den wilden Urbanismus an den Stadträndern. Nicht mehr das chaotische, proletarische und volkstümliche Madrid, sondern der unkontrollierte Städtebau stellte das Problem dar.

34 Vgl. A. Fernández Carbajal, La política de vivienda en España durante el franquismo, in: Ciudad y Territorio: Estudios Territoriales 138 (2003), S. 639–654; R. Betrán Abadía, De aquellos Barros, estos lodos. La política de vivienda en España durante el franquismo, in: Acciones y Investigaciones Sociales 16 (2002), S. 25–67.

35 Baumeister, Grenzen der Stadt (Anm. 22).

36 Betrán Abadía, De aquellos barros (Anm. 34); Fernández Carbajal, La política de vivienda (Anm. 34).

Während Sonntagsreden in den 1950er Jahren die Schönheit und Pracht Madrids als Erbungsfraucht franquistischer Erneuerung nach dem Bürgerkrieg feierten, zeichneten die Stadtplaner zunehmend ein ganz anderes, düsteres Bild. Der bekannte Architekt Miguel Fisac, der in verschiedenen staatlichen Kommissionen mitwirkte, hielt 1957 die städtebaulichen Missstände für so gravierend, dass er öffentlich zu einem allgemeinen Kampf gegen den „kopfflosen Urbanismus“ (*urbanismo acéfalo*) und die „brutale Landspekulation“ aufrief.<sup>37</sup> Im selben Jahr verurteilte auch der Generalkommissar für Stadtplanung (*Comisario General de Ordenación Urbana*), Julián Laguna, in einer Pressekonferenz die um sich greifende Landspekulation. Er musste das fast völlige praktische Scheitern des Generalplans von 1946 eingestehen und versuchte Maßnahmen gegen die Praxis illegalen Bauens und die verbreitete Schwarzarbeit zu formulieren. Die Machtlosigkeit der Stadtplaner gegenüber der Baubranche zeigt sich jedoch exemplarisch darin, dass vor allem politische Zugangsbeschränkungen für die ländliche Bevölkerung zu einer Besserung der Lage führen sollten.<sup>38</sup>

Trotz ihrer Misserfolge beharrten die Stadtplaner jedoch auf ihrer Vision einer gesunden und geordneten Stadt. Das Projekt eines Grüngürtels um das Stadtzentrum herum fand weiterhin viele Anhänger, und noch in den 1960er Jahren gab es in den Planungsstäben viele Befürworter eines Plans, durch ein dichtbesiedeltes Viertel der Madrider Altstadt einen monumentalen Boulevard unter dem Namen *Gran Vía Diagonal* anzulegen und auf diese Weise der Innenstadt eine neue Ordnung zu verleihen. Dieser Boulevard sollte auf Grundlage neuester städtebaulicher Erkenntnisse errichtet werden und insbesondere aktuelle Ideen der Verkehrsführung und Trennung von Autoverkehr und Fußgängern berücksichtigen.<sup>39</sup> Die maßgeblichen Stadtplaner sahen sich weiterhin als Teil einer internationalen Reformavantgarde, die über nationale wie politische Regimegrenzen hinweg eine neue rationale Stadt der Zukunft propagierte. Miguel Fisac rief etwa im Herbst 1957 breitenwirksam zur Feier des internationalen Tags des Urbanismus auf und wollte die Prinzipien moderner Stadtplanung – „Luft, Sonne, Vegetation, Urbanismus als Kunst, Wissenschaft und Technik“ – popularisieren.<sup>40</sup> Zwei Jahre später berichtete die Regimepresse über eine mehrtägige Zusammenkunft der spanischen Vereinigung von Stadtplanern (*asamblea de urbanistas*) in Barcelona, die sich bereits seit längerer Zeit „mit großem Enthusiasmus in die globale Stadtreformbewegung (*movimiento ur-*

37 M. Fisac, *Arquitectura – Día mundial del urbanismo*, in: Blanco y Negro, 9. November 1957. Siehe auch: Ders., *Arquitectura – El urbanismo y las amas de casa: II. Leyes*, in: ABC, 28. Februar 1959; ders., *Arquitectura – El urbanismo y las amas de casa: III. Suelo*, in: ABC, 7. März 1959. Zur Regimepropaganda siehe etwa: V. Landi, *Comentario sobre el nuevo Madrid*, in: ABC, 22. November 1952; Madrid, in: ABC, 15. Mai 1958.

38 *El decreto que limita la inmigración a la capital no afecta a la libre elección de residencia*, in: ABC, 12. Oktober 1957. Mit gleicher Stoßrichtung: *Los transportes urbanos*, in: ABC, 21. Januar 1955.

39 Eine Umsetzung des Plans hätte die Umsiedlung von 35.000 Bewohnern erforderlich gemacht. J. Madina Gómez, *Madrid y los otamendi*, in: Blanco y Negro, 14. März 1959. Zur weiteren Popularität des Grüngürtels: M. Fisac, *Zonas verdes*, in: Blanco y Negro, 18. April 1959.

40 Ders., *Arquitectura – Día mundial del urbanismo*, in: Blanco y Negro, 9. November 1957. Mit gleicher Stoßrichtung: *Clausura del ciclo de conferencias del „Día Mundial del Urbanismo“*, in: La Vanguardia, 19. November 1957.

*banístico mundial*)“ eingegliedert habe. Diese Inkorporation bilde in der Zukunft „die Garantie für eine rationale, geordnete Siedlungsentwicklung“. <sup>41</sup> Spanische Zeitungen befragten Stars der internationalen Architektenszene zu ihren Vorstellungen modernen Städtebaus und berichteten überaus positiv über maßgebliche Bauprojekte der Zeit wie etwa die Errichtung der brasilianischen Hauptstadt Brasília. <sup>42</sup> Franquistische Stadtplaner besuchten weiterhin internationale Konferenzen und empfingen Delegationen auch aus demokratischen Ländern Westeuropas wie Großbritannien. <sup>43</sup> Die internationale Expertengemeinschaft und das Prestige internationaler Stararchitekten dienten spanischen Fachleuten als Verbündete im Kampf gegen den Interessensblock von Landbesitzern und Baugesellschaften. Die fortgeschrittenen Industrienationen Westeuropas wurden in diesem Prozess zu Vorbildern. Eine Vorstellung „westlicher“ Modernität bildete den Maßstab, an dem spanische Defizite gemessen und beurteilt wurden.

Über den Bereich der Stadtplanung hinaus nahmen Experten in den 1950er Jahren öffentlich in einem positiven Sinn auf das Europa der liberalen Industriegesellschaften Bezug. Die Europäisierung Spaniens wurde nun zu einem expliziten Projekt von Regimeeliten und Expertengruppen. Diese sahen sich als Speerspitze einer Modernisierungsbewegung, die über eine Rationalisierung der Gesellschaft und der Lebensgestaltung den Anschluss an die fortgeschrittenen Industrienationen des Westens erreichen, auf diese Weise Spaniens Position in der Welt verbessern und der autoritären Diktatur eine dauerhaft stabile Grundlage geben wollte. Ein gutes Beispiel für diese Bestrebungen jenseits des Feldes der Stadtplanung ist die Kampagne für eine Neugestaltung des spanischen Arbeitstages, die einen früheren Arbeitsbeginn und eine Abschaffung der langen *Siesta* in den Mittagsstunden forderte. Einen ersten Höhepunkt erreichte dieser Werbefeldzug in einer Artikelserie in *ABC* im Jahr 1956, die unter dem Motto „Durch eine neue Zeitgestaltung zu neuen Gewohnheiten“ stand. In der Zeitung äußerten sich Unternehmer und Psychologen, die eine vermeintlich effiziente und gesunde Tagesgestaltung in den USA und in Nordwesteuropa beschrieben, Pathologien der spanischen Lebensweise beschrieben und für eine „rationale Zeitordnung“ warben, um ein „aktives, aufgewecktes und in seinen Gebräuchen gesundes Spanien“ zu schaffen. <sup>44</sup> Die Reformforderungen fanden in den folgenden Jahren Unterstützung in sehr unterschiedlichen intellektuellen Milieus. Die der katholischen Kirche nahestehende Zeitung *Ya* beklagte etwa im April 1961, „dass wir uns vom Lebensrhythmus der anderen Länder Europas [...] entkoppelt haben. Die arbeitsamen Völker sind Völker von Frühaufstehern.“ <sup>45</sup> Die Zeitreformbewegung entwickelte am Beginn der 1960er Jahre eine breite öffentliche Dynamik und

41 Asamblea de Urbanistas, in: *ABC*, 4. November 1959. Mit sehr ähnlicher Wortwahl: Las „Jornadas Urbanísticas“, in: *La Vanguardia*, 8. November 1959.

42 Cornelis van Eesteren (Interview), in: *La Vanguardia*, 5. November 1959; La exposición de urbanismo de Londres, *La Vanguardia*, 4. Februar 1959; El milagro de Brasília, in: *La Vanguardia*, 13. April 1960; Urbanismo en Holanda, in: *ABC*, 9. August 1963.

43 El urbanismo está de moda, in: *La Vanguardia*, 3. Oktober 1952.

44 Nuevo horario para nuevas costumbres, in: *ABC*, 1. August 1956; Nuevo horario para nuevas costumbres, in: *ABC*, 3. August 1956.

45 Nuevo horario de trabajo (Kommentar), in: *Ya*, 27. April 1961.

gipfelte in den Jahren 1961 und 1962 in einer Reihe von Verordnungen, die eine planmäßige, alle Lebensbereiche und Gesellschaftsfelder umfassende Neugestaltung von Zeit bewirken wollten. Das Franco-Regime führte für die verschiedenen Wirtschaftsbranchen neue Arbeitszeiten ein, verfügte durchgehende Ladenöffnungszeiten mit einem früheren Ladenschluss am Abend und verlegte zudem Schul-, Theater- und Kinozeiten vor. Ziel der einzelnen Maßnahmen war es, die Arbeitseffizienz zu steigern, mehr Raum für eine rationale Freizeitgestaltung in den Abendstunden zu ermöglichen und eine neue Kultur der Pünktlichkeit in Spanien zu etablieren.<sup>46</sup>

Die Zeitkampagne war stark ökonomisch motiviert und wurde anfangs wesentlich von Großunternehmen unterstützt. Es ging um eine Steigerung der Produktivität im Vergleich zu den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas und den USA. Gleichzeitig drückte aber auch die Vision einer Rationalisierung der Gesellschaft und individuellen Lebensgestaltung der Kampagne ihren Stempel auf, wie sie auch im Feld der Stadtplanung dominierte. Die enge Verbindung zwischen den beiden Reformfeldern wird in der Verkehrsplanung sichtbar: Eine Abschaffung der langen Mittagspause sollte das Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsstätte während des Tages überflüssig machen und dadurch den öffentlichen Nahverkehr und die städtische Infrastruktur entlasten. In beiden Feldern entwickelte sich „Westeuropa“ zum maßgeblichen Bezugspunkt der Debatten. Es ging den regimenahen Expertengruppen um eine forcierte Europäisierung Spaniens unter autoritären Auspizien. Führende Regimevertreter versprachen sich gerade durch eine Annäherung an die Gesellschaftsordnung der führenden Industriestaaten einen verstärkten internationalen Einfluss und einen Prestigegewinn der autoritären Gesellschaftsordnung. Stimmen, die angesichts dieser weitreichenden Pläne vor einem Verlust spanischer Identität und spanischer Traditionen warnten, waren in der gelenkten Öffentlichkeit der Diktatur zwar präsent. Sie spielten in den Erwägungen der Reformen aber keine entscheidende Rolle und stellten innerhalb der maßgeblichen Regimekreise allenfalls eine Minderheitenposition dar.

Die Maßnahmen zur Zeitreform teilten jedoch das Schicksal des Generalplans von 1946, indem sie an handfesten Widerständen unterschiedlicher Interessengruppen sowie auch an eigenen Aporien scheiterten. Der Klein- und Einzelhandel sah in den Reformen eine Politik zugunsten der großen Kaufhäuser, die sich aufgrund ihres größeren Personalbestandes durchgehende Ladenöffnungszeiten leichter leisten konnten als kleine Geschäfte mit wenigen Angestellten, während gleichzeitig die Falange als selbststilisierte Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen Nachteile für die abhängig Beschäftigten durch eine Intensivierung des Arbeitstempos befürchtete. Zudem zeigte sich rasch, dass die franquistischen Planer auf die zahlreichen praktischen Probleme und die schiere Komplexität einer umfassenden Gesellschaftsreform unzureichend vorbereitet waren. So hatten sie beispielsweise keine Vorkehrungen für die Einrichtung von Betriebskantinen getroffen, um die Beschäftigten am Arbeitsplatz während der verkürzten Mittagspause zu verpfle-

46 Siehe hierzu und zum Folgenden: T. Kössler, Von der Nacht in den Tag. Zeit und Diktatur in Spanien, 1939–1975, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 25 (2015), S. 187–216.



gen. Auch das gesellschaftliche Phänomen von Doppelbeschäftigungen (*multiempleo*) war von den Zeitexperten erstaunlicherweise nicht in ihre Pläne einbezogen worden. Angesichts von Niedrigstlöhnen stellte es für viele Spanier eine Notwendigkeit dar, mehreren Tätigkeiten nachzugehen, und sie nutzten die lange Mittagspause für den Wechsel des Arbeitsplatzes. Die Rationalisierungsbewegung stieß somit sowohl in Hinblick auf die städtebauliche Umgestaltung der spanischen Metropolen als auch in Hinblick auf die Umgestaltung der spanischen Lebensweise an deutliche Grenzen, auch wenn die meisten Experten über das Ende der Diktatur hinaus an ihren Plänen festhielten.

Allerdings lässt sich in der veröffentlichten Meinung seit den 1950er Jahren auch die Entstehung einer Rationalisierungskritik als Gegenbewegung zum Modernisierungsprogramm erkennen. Es bildete sich nicht nur unter Regimegegnern, sondern gerade auch innerhalb der regimenehen Expertenkreise ein neuer planungskritischer Diskurs heraus, der eine Neubewertung von Mitteln und Zielen von Gesellschaftsreform forderte. So begannen Stadtplaner für einen behutsameren Umgang mit dem architektonischen Erbe zu werben und eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Planungen zu befürworten. Kommentatoren in der franquistischen Presse der 1950er Jahre sahen das alte, volkstümliche Madrid in einem weit positiveren Licht als ihre Vorgänger. Sie betrachteten die schmalen Gassen und alten Gebäude nicht länger als Brutstätten von Dekadenz, Anarchie und Gewalt, sondern feierten den Zauber und die Magie der Orte. Der nationalistische Schriftsteller Agustín de Foxa beschrieb im Frühjahr 1954 die wundersame Atmosphäre der alten Wohnquartiere Madrids, wo Menschen „inmitten von wilden Tieren und Engeln“ wohnten.<sup>47</sup> Und der Journalist Mariano Rodríguez de Rivas bekannte im Jahr 1953, ein „Experte der Nostalgie“ zu sein, und beklagte den Abriss alter Stadtteile. Zwar sei das neue Madrid Francos zu loben, doch dürfe die Gegenwart „die Erinnerung der Vergangenheit“ nicht geringschätzen, wie sie sich in den alten Gebäuden und Plätzen der Stadt manifestiere.<sup>48</sup> Beide Autoren attackierten das Modell einer rationalen Stadtplanung nicht direkt und präsentierten sich in ihrer Kritik einer entfesselten Bauwut auch als Verbündete der Stadtreformer. Auch blieb ihre Kritik in eine allgemeine Zustimmung zum Regime eingebettet. Doch plädierten sie im Gegensatz zu den Planungseliten für einen behutsameren Weg urbaner Erneuerung, die dem kulturellen und emotionalen Wert existierender Strukturen und Gebäude Rechnung tragen sollte. In dieser Hinsicht stellten sie eine deutliche Abkehr vom Projekt radikaler Erneuerung und umfassender „Sanierung“ dar.

Noch in einer anderen Weise erfolgte in der Presse der 1950er Jahre eine Modifizierung des Nachkriegsurbanismus. In ihrer Kritik wilden Bauens begannen einige Stadtplaner nach Verbündeten jenseits der politischen Eliten und bürokratischen Apparate Ausschau zu halten, und sie fanden diese Mitstreiter überraschenderweise in der städtischen Bevölkerung selbst. Um ein Gegengewicht gegen Landbesitzer und Baubranche zu schaffen, wollten sie die Bevölkerung urbanistisch aufklären, gegen bedenkliche Baumaßnahmen

47 A. de Foxa, Madrid, Aldea, in: ABC, 30. Mai 1954.

48 M. Rodríguez de Rivas, El viejo nuevo Madrid, in: ABC, 8. März 1953.

mobilisieren und allgemein eine Beteiligung der Bevölkerung in den Planungsverfahren vorschreiben. In einer Reihe von Artikeln, die im Frühjahr 1957 in *ABC* erschienen, entwickelte der Architekt Miguel Fisac entsprechende Ideen. Er kritisierte seine Kollegen dafür, die Meinungen der zukünftigen Bewohner von Bauprojekten zu ignorieren und argumentierte: „Wichtiger als die Zustimmung der zuständigen Behörden ist [...] die Zustimmung der Hausfrauen [...]. Bevor man das Gute macht, muss man erreichen, dass es verstanden und wertgeschätzt wird.“<sup>49</sup> Fisac gab sich in diesen Artikeln weiterhin als Anhänger einer rationalen Stadtplanung zu erkennen, doch zeigte er sich offen für neue Planungsmodelle. Eine ähnliche Entwicklung vollzogen auch katholische Intellektuelle, die nicht länger ausschließlich eine Rechristianisierung von Stadtquartieren anvisierten, sondern zunehmend auch die sozialen Konsequenzen des wilden Bauens kritisierten. Soziale Fragen traten neben spirituelle Anliegen. Anfang der 1950er Jahre hatte das intellektuelle Sprachrohr der spanischen Jesuiten, *Razón y Fe*, noch ohne Einschränkungen die franquistische rationale Stadtplanung gefeiert und das Madrid der Zukunft als harmonisch gestaltete und christliche Stadt imaginiert.<sup>50</sup> In den späten 1950er Jahren färbte sich das Bild jedoch kritisch ein. Der Jesuit L. A. Sobrerocca forderte beispielsweise im Jahr 1957 die Kirche auf, sich der Not der städtischen Migranten zuzuwenden. Gleichzeitig plädierte er für ein Gesetz, mit dem Bauunternehmen gezwungen werden sollten, neben Luxusbauten auch Sozialwohnungen in ausreichender Zahl zu bauen. Ein weiterer Jesuit, J. Martínez-Mari, wandte sich ein Jahr später mit einem Forderungskatalog an den Staat, der Mindeststandards für die soziale und kulturelle Infrastruktur neuer Stadtteile vorsah. Diese sollten Schulen und Gesundheitszentren, aber auch Tageseinrichtungen für alte Menschen, öffentliche Büchereien und Versammlungsorte erhalten.<sup>51</sup> Die hier knapp skizzierten Neuansätze waren sicherlich anfangs das Projekt einer Minderheit und zogen wenig praktische Folgen nach sich. Doch weisen sie auf wichtige Verschiebungen im Stadtplanungsdenken hin. Gruppen von Reformern entwickelten ein neues Bild der urbanen Bevölkerung als Opfer eines kapitalistischen Urbanismus und als potentielle Verbündete im Kampf für eine bessere Stadt und modifizierten gleichzeitig ihre gesellschaftsreformerischen Ziele.

Eine parallele kritische Strömung entstand im Umfeld der Zeit- und Lebensreform. Auch hier meldeten sich vermehrt Rationalisierungskritiker zu Wort. Sie stellten die vom Regime propagierte Verbindung von Fortschritt, Beschleunigung und Effizienz radikal in Frage. Das „Tempo des modernen Lebens“, das die fortgeschrittenen Industriestaaten vermeintlich auszeichnete, erschien ihnen nicht mehr als Verheißung eines effizienten

49 M. Fisac, *Arquitectura. El urbanismo y las casas de familia*, 24. Januar 1959. Siehe auch: Ders., *Arquitectura – El urbanismo y las casas de familia*. II. Leyes, 28. Februar 1959; ders., *Arquitectura: El urbanismo y las casas de familia*. III. Suelo, in: *ABC*, 7. März 1959.

50 S. Cuesta, *Madrid. Capital de España*. Del sacerdote Jaime Balmes al Generalísimo Franco, in: *Razón y Fe* 143 (1951), S. 9–28.

51 L.A. Sobrerocca, *El sacerdote ante la escasez de viviendas*, in: *Razón y Fe* 155 (1957), S. 591–598; J. Martínez-Mari, *Programa de servicios sociales mínimos para un barrio satélite de 600 viviendas*, in: *Razón y Fe* 157 (1958), S. 241–256.

und erfüllten Lebens, sondern als Verlust an Lebensqualität. Ein Kommentator in *La Vanguardia Española* gedachte beispielsweise schon 1960 nostalgisch der „Gemächlichkeit häuslicher Gebräuche früherer Tage“ und kritisierte eine Moderne, die er mit Hast und Oberflächlichkeit identifizierte.<sup>52</sup> Insgesamt brach sich eine neue positive Wertung eines langsamen Lebensrhythmus in der Medienöffentlichkeit Bahn. Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Ratschläge, in der Hektik des Lebens „Entspannung zu lernen“ und dem Leben gelassen und mit innerer Ruhe entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang erfuhr auch das spanische Dorf eine neue Wertschätzung. Dort habe die „rasende Bewegung des Motorrads oder des Autos noch nicht den schläfrigen und gelassenen Trott des Esels verdrängt“.<sup>53</sup> Es wäre zu kurz gegriffen, diese Kritik als Ausdruck eines verstockten Traditionalismus zu verstehen. Vielmehr wird in diesen Reflexionen und Berichten eine neuartige Fortschrittskritik sichtbar, die als Gegenbewegung zum Programm einer forcierten Rationalisierung verstanden werden muss. Ähnlich wie in den demokratischen Industriestaaten besaß diese Kritik auch in Spanien eine herrschaftskritische Dimension und richtete sich gegen die autoritäre Modernisierungs- und Europäisierungspolitik des Franco-Regimes, auch wenn ihre Protagonisten sich weiterhin im Rahmen der Diktatur bewegten.

#### 4. Fazit

Schon vor 1936 war die antidemokratische Rechte in Spanien keineswegs grundsätzlich europafeindlich ausgerichtet gewesen. Der Diktator Primo de Rivera (1923–1930) hatte in den 1920er Jahren eine Modernisierung Spaniens unter autoritären Auspizien unternommen, die in vielen Punkten ihren Widerhall in den Nachkriegsreformen der Franco-Zeit fand. Gesellschaftsreform war auch von antiliberalen Kräften bereits vor dem Bürgerkrieg in einem europäischen Kontext und in Bezug auf Vorbilder der fortgeschrittenen, westlichen Industriestaaten diskutiert worden.<sup>54</sup> Es überrascht vor diesem Hintergrund nicht, dass der autoritäre Staat Francos in seiner Gesellschaftspolitik von Anfang an und in mehrfacher Weise auf Westeuropa bezogen blieb, auch wenn er rhetorisch die spanische Besonderheit in Europa betonte und symbolisch an kastilisch-imperiale Traditionen anknüpfte. Zum einen bedeutete, wie das Beispiel der Stadtplanung zeigt, das Ende des Bürgerkriegs keinen kategorialen Bruch mit Reforminitiativen der Vorbürgerkriegszeit. Vielmehr gab es nicht nur personale Kontinuitäten, sondern – wesentlicher – auch ein Weiterwirken von Konzeptionen, Zielen und Plänen. Die franquistischen Fachleute waren und blieben in Hinblick auf ihre städtebaulichen Pläne

52 Prisa en esto, prisa en lo otro..., in: *La Vanguardia Española*, 19. Februar 1960.

53 Siehe nur: A. Maurois, *Aprenda a descansar*, in: *Ya*, 9. April 1961; ders., *No trate de ir demasiado aprisa*, in: *Ya*, 29. April 1961; P. Bernardo, *Un pueblo intacto*, in: *Blanco y Negro*, 9. Oktober 1965.

54 J. Moreno-Luzón, *Modernizing the Nation. Spain during the Reign of Alfonso XIII, 1902–1931*, Brighton 2012; Alejandro Quiroga, *Making Spaniards. Primo de Rivera and the Nationalization of the Masses, 1923–1930*, Basingstoke 2007. Vgl. auch Kössler, *Human Sciences* (Anm. 13).

Teil einer internationalen Expertengemeinschaft, der sie sich auch bewusst zuordneten, auch wenn das Franco-Regime – damit ebenfalls Teil einer internationalen Entwicklung – architektonisch zunächst an autochthone Bautraditionen anknüpfte. London und Paris bildeten die Leitbilder, an denen sich urbanes Bauen in Franco-Spanien orientierte, und sie lieferten die imaginäre Messlatte, an der sich die franquistische Umgestaltung Madrids messen wollte.

Die Kontinuität der Debatten mag im Bereich der Stadtplanung besonders ausgeprägt gewesen sein, doch deutet viel darauf hin, dass das Feld keine Ausnahme war.<sup>55</sup> Die spanischen Fachleute, die nach 1939 daran gingen, einen neuen Staat aufzubauen, blieben in internationale Debatten eingebunden, was allerdings nicht bedeutet, dass es keine nationalen Unterschiede der Expertenkulturen und Reformpolitik gegeben hätte. Franco-Spanien sah sich als Industrienation mit ähnlichen Problemen wie liberal-demokratische Länder nach dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert, im Fall des Städtebaus dem Umgang mit Kriegszerstörungen sowie massiven Wanderungsbewegungen vom Land in die Städte. Dieses Bewusstsein eines Ringens mit globalen Problemlagen prägte viele franquistische Experten und legte eine Rezeption internationaler Fachentwicklungen nahe, zumal diesen Entwicklungen auch in Spanien eine Aura des Modernen und Weltläufigen anhaftete. Der Architekt Miguel Fisac schrieb in diesem Sinn im Jahr 1959:

*Heutzutage sind die globalen Entwicklungen so eng miteinander verwoben (el mundo marcha tan enlazado), die Probleme unserer Zeit sind so sehr miteinander verbunden, dass wir es uns nur mehr schwierig vorstellen können, dass künstlerische, wissenschaftliche oder technische Entwicklungen in einem Teil des Planeten [...] keinerlei Rückwirkungen im Leben jedes einzelnen von uns haben.*<sup>56</sup>

Der analytische Verlaufs begriff der „Europäisierung“ erscheint vor diesem Hintergrund zur Beschreibung der Entwicklung des spanischen Falls wenig hilfreich und sogar irreführend, da er voraussetzt, dass der Ausgangspunkt des Regimes außerhalb eines europäischen Normfalls lag.

Allerdings erlangte „Westeuropa“ in den 1950er Jahren eine neue Bedeutung als positiv besetzter Referenzpunkt gesellschaftsreformerischer Anstrengungen. Politisch einflussreiche Expertengruppen verfolgten in enger Abstimmung mit der Regimeführung ein umfassendes Programm gesellschaftlicher Rationalisierung, mit dem das Land leistungsfähiger gemacht, die führenden westlichen Industrienationen wirtschaftlich und zivilisatorisch eingeholt und die Diktatur auf eine neue, zukunftssichere Grundlage gestellt werden sollte. Diese Modernisierungspolitik wurde von ihren Protagonisten explizit als Europäisierung verstanden, stieß in der Praxis jedoch auf deutliche Grenzen und war durch inhärente Widersprüche gekennzeichnet. Diese autoritäre „Europäisierung“ darf

55 Selbst im hochpolitischen Erziehungswesen lässt sich nach 1939 eine Orientierung gerade auch an den demokratischen Staaten erkennen. Siehe die Hinweise in T. Kössler, Education and the Baroque in Early Francoism, in: Bulletin of Spanish Studies (Special Issue: The „Baroque“ in the Construction of a National Culture in Francoist Spain) 91 (2014), S. 673–696.

56 M. Fisac, Arquitectura. El urbanismo y las amas de casa, 24. Januar 1959.

jedoch nicht mit einer Politik der Liberalisierung oder gar der Demokratisierung verwechselt werden. Vielmehr zeigen die franquistischen Bemühungen, dass das Leitbild einer rational gegliederten, leistungsstarken und optimierten Gesellschaft politisch polyvalent war und in Spanien politisch merkwürdig unbestimmt blieb. Der spanische Fall zeigt ebenso, dass das Konzept der Europäisierung auch zeitgenössisch durchaus unterschiedlich bestimmt und in unterschiedliche politische Projekte eingebunden werden konnte. In Spanien waren es gerade kritische Stimmen, die ein autoritäres Modell von Europäisierung ablehnten, die auf die allmähliche Öffnung der spanischen Gesellschaft gegenüber liberalen und dann auch demokratischen Ideen verweisen.